

Protokoll der Landesarbeitsgemeinschaft HIV/AIDS im ÖGD in NRW Bochum 07.11.2016

Teilnehmer/innen:

Paul Baumann, Yvonne Brackmann, Nina Flaig, Klaus Fröhling, Helga Groß-Rogge, Beate Guse, Anneliese Haasters-Niemann, Karin Hoeltz, Rudi Mann, Hubertus Martin, Brigitte Menze, Andrea Neumeyer-Sickinger, Astrid Platzmann-Scholten, Christian Ramolla, Julia Stracke (Anerkennungsjahr-Praktikantin im Gesundheitsamt Siegen), Janet Wach

TOP 1. Annahme des letzten Protokolls

TOP 2. Austausch/ Aktuelles

TOP 3. Bericht aus dem SprecherInnenkreis (Fachtagung, Fachtag, MGEPA usw.)

TOP 4. 30 Jahre HIV/AIDS-Arbeit im ÖGD 2017: Bericht der vorbereitenden Arbeitsgruppe

TOP 5. Besichtigung des WiR und Bericht über Konzept und die Zusammenarbeit

TOP 6. Bericht von Frau Dr. Potthoff, Oberärztin im Walk In Ruhr, über für die AIDS-/STI-Fachkräfte und -KoordinatorInnen relevanten Ergebnisse die letzten Kongresse (Welt-AIDS-Konferenz und STI-Kongress)

TOP 7. Das neue ProstSchG, Sachstand Austausch über die Umsetzungsplanungen vor Ort

TOP 8. Wünsche zur kollegialen Fachberatung im Rahmen der LAG

TOP 9. Welt-AIDS-Tag

TOP 10. Verschiedenes

TOP 1. Annahme des letzten Protokolls

Der TOP wird nicht bearbeitet.

TOP 2. Austausch/ Aktuelles

Über die Angebote und Besetzung der Beratungsstellen in den einzelnen Kommunen sowie die Auswirkungen auf die Nachbarkommunen wird diskutiert:

Im Rhein-Sieg-Kreis ist die HIV-Testung an die AIDS-Hilfe outgesourced. Im Märkischen Kreis und im Kreis Kleve wird kein HIV-Schnelltest angeboten. In den Ämtern aller übriger Anwesender werden Schnelltests angeboten.

Viersen: Interne Information außer Protokoll.

In Recklinghausen kostet eine Komplettuntersuchung inklusive gynäkologischer Untersuchung und Untersuchung auf Hepatitis C 25 €.

Durch die schlechte Besetzung im Gesundheitsamt Duisburg kommen vermehrt Testwillige in die Nachbarkommunen. Auch von Düsseldorf sind Klagen über viel Zulauf aus den Nachbarkommunen mit schlechtem Angebot bekannt. Vermutlich könnten nur die Amtsleiter an die Kollegen der Nachbarkommunen appellieren, ihre Aufgaben besser wahrzunehmen. Als Gefahr der Einbeziehung der Amtsleiter wird gesehen, dass diese verlangen könnten, Ortsfremde abzuweisen.

TOP 3. Bericht aus dem SprecherInnenkreis (Fachtagung, Fachtag, MGEPA usw.)

Am 29.09.2016 fand ein Gespräch des SprecherInnenkreises mit der neuen Landes-AIDS-Koordinatorin Frau Dybowski im MGEPA statt. Sie macht einen positiven Eindruck und ist an einem Austausch zu aktuellen Themen interessiert.

Sie berichtete, dass die Ministerin an den Themen PrEP und Schutz durch Therapie interessiert ist und fragen liess, ob die Informationen für das verwendete Polizeikürzel „ANST“ für Menschen mit

ansteckenden Erkrankungen wie HIV, Hepatitis B oder C aus den Gesundheitsämtern kämen, was nachdrücklich verneint werden konnte.

Sie wurde zur Fachtagung eingeladen.

Die Fachtagung ist geplant für 16. bis 18.05.2017, wieder in Oelde.

Da die Landes-Planungen zur Umsetzung des ProstSchG vor der Landtagswahl abgeschlossen sein sollen, werden sie zur Fachtagung vorliegen und sollen in einem Impulsreferat vorgestellt werden.

Am 2. Tag soll es um die Arbeitsbedingungen von weiblichen und männlichen Sexarbeiter/innen gehen.

Am 3. Tag sollen mit Astrids Hilfe die anderen im Gesetz vorgeschriebenen Themen wie Empfängnisverhütung und Schwangerschaft erarbeitet werden. Als Resultat dieser Fachtagung sowie des Fachtags 2015 und der Überlegungen einer Arbeitsgruppe in 2016 soll ein Beratungsleitfaden erstellt werden.

Ein Fachtag wurde noch nicht geplant. Die Notwendigkeit und Thematik ergab sich in der Vergangenheit meist während der Fachtagung.

Bezüglich der HIV/STI-Prävention bei Migranten und Flüchtlingen sollen vermutlich keine neuen Youthworker/innen eingestellt werden. In einem Kooperationsprojekt der AH-E, AH-D und AH-NRW sollen laut Brigitte die Teamer/innen der MISSA-Studie für den Einsatz in anderen Städten qualifiziert werden. Allerdings liegt ihr Schwerpunkt auf Afrika. Eine Ausweitung auf andere Herkunftsländer könnte unter Umständen durch Qualifizierung der Teamer/innen der Essener Ausstellung Liebeswelten geschehen.

Zum Thema Polizeikürzel „ANST“ gab es folgende Informationen und Diskussion:

Die Menschen teilen ihre Infektionen häufig selber mit und die Polizei dokumentiert diese Informationen. Außerdem gibt es die Möglichkeit eines Austauschs zwischen Feuerwehr und Polizei. Generell ist es schlimm, dass Polizisten sich augenscheinlich in Dienst gefährdet fühlen und Angst vor Ansteckung haben. Die örtlichen AIDS-Fachkräfte und -KoordinatorInnen sollten gegebenenfalls Kontakt zur Polizei aufnehmen und deutlich machen, dass im Wesentlichen keine Gefahren bestehen bzw. das Kürzel nicht zu mehr Sicherheit beiträgt.

Eine Empfehlung des NAB zu dem Thema wird angehängt.

TOP 4. 30 Jahre HIV/AIDS-Arbeit im ÖGD 2017: Bericht der vorbereitenden Arbeitsgruppe

Der SprecherInnenkreis hat von Frau Dybowski ein grundsätzliches Okay für eine Festveranstaltung erhalten. Der eingereichte Antrag muss an einigen Stellen noch nachgebessert werden.

Vorgeschlagen ist eine Veranstaltung im November 2017 mit Festvortrag der „Gründungsmutter“

Rita Süssmuth und anschließendem Round-Table-Gespräch. Für die Veranstaltung wünscht sich das Ministerium einen Blick nach vorne und die Würdigung der Rolle des Ministeriums. Da Kooperation gewünscht ist, wird es sinnvoll sein, die AH-NRW und die Youthworker zu beteiligen.

Eine Kabarettistin aus Bochum, die als Putzfrau Waltraud auftritt, ist bereit, ein spezielles Programm erarbeiten.

Ziel der Veranstaltung soll sein:

Öffentlichkeitsarbeit

Dokumentation der Rolle der HIV/AIDS-Arbeit im ÖGD

Motivation für mehr Engagement bei Ämtern, die sich bisher in dem Thema zurückhalten.

Die Rückschau auf 30 Jahre HIV/AIDS-Arbeit im ÖGD soll mittels Wanderausstellung oder PowerPoint-Präsentation erfolgen. Alle Kolleg/innen werden gebeten, ihre Archive zu durchforsten und Wichtiges, Witziges, Überholtes, Aktuelles, Bilder ... herauszusuchen und an Katrin(?) zu senden.

TOP 5. Besichtigung des WiR und Bericht über Konzept und die Zusammenarbeit

Im WiR haben die „Interdisziplinäre immunologische Ambulanz, Zentrum für sexuelle Gesundheit und Medizin“ von Professor Dr. Brockmeyer und die AIDS-Hilfe ihr einziges Domizil, Janet ist 3 Tage im WiR und 2 Tage im Gesundheitsamt, pro familia, Madonna und Rosa Strippe kommen

stundenweise zu Beratungsterminen, wobei die pro familia direkt gegenüber angesiedelt ist. Eine für Papierlose ehrenamtlich arbeitende Gynäkologin pausiert derzeit aus persönlichen Gründen. Es gibt Überlegungen für die Einrichtung einer halben gynäkologischen Stelle.

Die Zusammenarbeit ist gut. Die Überleitung von Betroffenen erfolgt problemlos.

Die Räumlichkeiten sind schön, liegen zentral und werden gut angenommen.

Das WIR ist ein Modellprojekt und wird wissenschaftlich begleitet.

TOP 6. Bericht von Frau Dr. Potthoff, Oberärztin im Walk In Ruhr, über für die AIDS-/STI-Fachkräfte und -KoordinatorInnen relevanten Ergebnisse die letzten Kongresse (Welt-AIDS-Konferenz und STI-Kongress)

Der Vortrag wird angehängt.

An Depotspritzen gibt es bisher nur das Cabotegravir, das unangenehme Quaddeln an der Einstiegsstelle hinterlässt. Ein Medikament reicht für eine HAART nicht aus.

Die Zahl der Primärresistenzen ist auf knapp 10 % zurückgegangen. Aufgrund des vermehrten Einsatzes der Integrasehemmer werden nicht mehr so viele Mehrfachresistenzen beobachtet.

AIDS-definierende Erkrankungen außer Lymphomen treten bei gut behandelten HIV-Patienten in der Todesursachenstatistik eigentlich nicht mehr auf. Durch die Hepatitis-C-Therapiemöglichkeiten werden auch Leber-assoziierte Todesursachen zurückgehen. Im Vordergrund stehen Krebserkrankungen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen sowie „andere“ Todesursachen.

Herz-Kreislauf-Erkrankungen werden durch chronische Entzündungen sowie vermutlich die Langzeiteinnahme der HAART gefördert. Niedrige Helferzellzahlen erhöhen das Schlaganfallrisiko, auch wenn sie später wieder ansteigen.

Da die Therapie mit der Genschere nur eine Genauigkeit von 99 % aufweist und als Risiko vermutlich Leukämien nach sich ziehen wird, empfiehlt Frau Dr. Potthoff gut behandelten Patienten keine Teilnahme an den Studien.

Sie sieht noch offene Fragen bezüglich des Einsatzes und der Wirkung der PrEP. Eine Studie von Dr. Esser aus Essen ergab eine schlechte Selbsteinschätzung ihrer aktuellen Infektiosität bei HIV-infizierten. In Studien werden unter der PrEP viele STI diagnostiziert, die gegebenenfalls die Schutzwirkung einschränken können, wobei das Ausmaß nicht klar ist.

Auch bei der Partner-Studie zur Erforschung des Schutzes durch Therapie wurden viele STI gesehen, die definitionsgemäßen auch die Schutzwirkung gefährden.

TOP 7. Das neue ProstSchG, Sachstand Austausch über die Umsetzungsplanungen vor Ort

Es gibt Kommunen, in denen schon Stellen bewilligt sind, und solche, in denen gerade erst begonnen wird, über die Auswirkungen des Gesetzes nachzudenken. In den meisten Ämtern wird es Neueinstellungen geben und die Beratung nach ProstSchG in der gleichen Organisationseinheit durchgeführt werden wie bisher die nach IfSG.

Zahlen sind schlecht zu prognostizieren. Die Anzahl der tatsächlich zur Beratung Kommenden wird unter anderem damit zusammenhängen, wie intensiv die Ordnungsämter ermitteln werden. Die Einschätzung der Anwesenden ist, dass es keine intensiven Ermittlungen geben wird. Allerdings könnte es sein, dass die Betreiber darauf drängen werden, dass die bei ihnen arbeitenden Sexarbeiter/innen angemeldet sind, da sie verpflichtet sind, darauf zu achten.

Beratungszeiten werden in einer Kommune auf durchschnittlich 45 Minuten geschätzt, 30 Minuten ohne Sprachmittlung und 60 Minuten mit Sprachmittlung. In die Schätzung muss einfließen, wie viele unter 21-Jährige arbeiten, die laut Gesetz zweimal im Jahr beraten werden müssen.

Bezüglich der Wahrung der Anonymität im Gesundheitsamt, die ja nur eine Erstanmeldung problematisch ist, gibt es folgende Überlegungen:

- Die Sexarbeiter/innen müssen zunächst zum Ordnungsamt gehen, um sich dort einen Alias zu besorgen, kommen damit zur Beratung ins Gesundheitsamt und gehen anschließend zur Anmeldung wieder ins Ordnungsamt. (Ob dieser im Gesetz nicht vorgesehene zusätzliche Gang zum Ordnungsamt verpflichtend gefordert werden kann, ist nicht klar.)
- Es wird ein Dreifach-Durchschreibeformular genutzt. Auf das Deckblatt kommt entweder der Klarname oder ein Lichtbild sowie der Alias mit den ansonsten geforderten Daten. Auf dem Zweit- und Drittformular erscheint nur der Alias mit den sonstigen Daten. Das Deckblatt kann bei der Anmeldebehörde eingereicht werden, das Zweit- und Drittformular ist für die beratene Person und das Gesundheitsamt. Eine Dokumentation des Klarnamens wird dem Gesundheitsamt per Verordnung o. ä. untersagt.
- Es gibt frühere Erfahrungen in Gesundheitsämtern, dass der Klarname nur bei der Anmeldung genannt wurde und in der Beratungsstelle ausschließlich der Alias benutzt wurde.

Da es sich um ein Schutzgesetz für eine Personengruppe handelt, sollten keine Gebühren im Gesundheitsamt erhoben werden. So sieht es das Land. Eine entsprechende Stellungnahme des Landkreistages ist beigefügt. Dagegen spricht laut einem Kreis der Gleichbehandlungsgrundsatz: Wenn Gebühren für einige Bescheinigungen (Schengen, IfSG und Arbeit mit Lebensmitteln) genommen werden, können andere nicht kostenfrei sein.

TOP 8. Wünsche zur kollegialen Fachberatung im Rahmen der LAG

Keine.

TOP 9. Welt-AIDS-Tag

Folgende Vorhaben werden genannt:

Jugendfilmtage, Theaterstück, Pressekonferenz, Projektwoche, europäische Testwoche, Beratungsstellenrallye, Auftritt im Kondomkostüm im Stadion und in der Eislaufhalle, Sozialhäuschen auf dem Weihnachtsmarkt, HIV- Information und -Testung in der Universität, Infostand bei Ikea, Gottesdienst, Schwebebahnaktion, Freieraktion, Aktionen der in den Städten arbeitenden Arbeitskreise, schwuler Gesundheitstag, Brunch und Filmvorführung für positive Frauen

TOP 10. Verschiedenes

Über eine umfangreiche Ausbildung von Sprach- und Kulturmittler/innen kann Sprint Wuppertal Auskunft erteilen. Erfahrungen mit einer kürzeren Ausbildung von Multiplikator/innen zum Thema sexuelle Gesundheit hat Meral Renz vom Lore-Agnes-Haus Essen.

Ärztliche Atteste, die Freiheit von infektiösen Erkrankungen bescheinigen sollen, zum Beispiel bei der Arbeit in Pflegeeinrichtungen oder der Bewerbung als Adoptiveltern:

Es reicht, zu bescheinigen, dass der die Bewerber/in physisch und psychisch in der Lage ist, die Tätigkeit durchzuführen.

Karin Hoeltz